

AUTOINDUSTRIE

Flirt beendet

Mercedes-Benz und BMW finden nicht zueinander. Die Gespräche zwischen den beiden Autoherstellern über eine weitreichende Zusammenarbeit sind gescheitert. Es gebe keine neuen Themen und keine neuen Termine mehr, sagt ein hochrangiger Manager. Seit über einem Jahr verhandeln die beiden Unternehmen, mehrfach trafen sich Daimler-Boss Dieter Zetsche und BMW-Chef Norbert Reithofer. Sie konnten sich nur auf den gemeinsamen Einkauf von Teilen und eine Zusammenarbeit bei der Hybrid-Entwicklung einigen. Bei jenen Projekten aber, bei denen mehrere hundert Millionen Euro einzusparen wären, kamen sie sich nicht näher. Die gemeinsame Produktion von Getrieben und Motoren von Mercedes-Benz und BMW wurde diskutiert und verworfen. Stattdessen strebt Daimler eine enge Kooperation mit Renault an. Im Stuttgarter Konzern stößt dies auf Skepsis. Daimler-Manager bemängeln, Renault sei weder bei Technik noch bei Qualität ein ebenbürtiger Partner.



Reithofer, Zetsche

KONJUNKTUR

Robuster Arbeitsmarkt

Trotz Wirtschaftskrise rechnet die Bundesregierung auch in diesem Jahr mit keinem dramatischen Einbruch am Arbeitsmarkt. In ihrem neuen Jahreswirtschaftsbericht sagt sie voraus, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland 2010 über 40 Millionen liegen wird. Die Arbeitslosigkeit werde im Jahresdurchschnitt unter 4 Millionen bleiben. Die Experten von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) erwarten ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Der Internationale Währungsfonds sagt im Entwurf seines Weltwirtschaftsausblicks für Deutschland in diesem Jahr eine Wachstumsrate von 1,4 Prozent voraus.

FINANZKRISE

Manager sollen länger haften



Leutheusser-Schnarrenberger

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) geht mit der deutschen Wirtschaftselite hart ins Gericht und will die persönliche Haftung für Manager verschärfen. „Wirtschaftliche Spielmentalität“ sei eine entscheidende Ursache für die Finanzmarktkrise, so die Liberale. „Gier und Leichtsinns wurden bei manchen Managern nicht nur durch satte Boni geweckt, sondern auch durch zu wenig Haftung und persönliche Verantwortung gefördert“, die Vergütungen seien „zu oft ohne persönliches Risiko“ für die Manager geflossen. Auch für die Wirtschaftselite müsse aber gelten, „dass man für persönliche Fehler geradestehen muss“, so die Ministerin. Die FDP-Frau will deshalb insbesondere die einschlägigen Verjährungsfristen bei Wirtschaftsdelikten verlängern: „Haftungsansprüche verjährten bislang zu früh, das müssen wir ändern“, so Leutheusser-Schnarrenberger. Aktuell gebe es im Aktienrecht Sonderregeln, die dazu führten, dass Ansprüche gegen Vorstände nach fünf Jahren verjähren. Gerade in der Krise habe sich aber gezeigt, dass sich die verhängnisvollen Folgen mancher Geschäfte erst nach einer ganzen Weile herausstellten. „Es ist wichtig, dass wir genug Zeit haben, diese Finanzkrise und ihre Ursachen auch rechtlich in Ruhe aufzuarbeiten“, so die Ministerin, die auch in diesem Punkt noch erhebliche Defizite sieht: „Eine ehrliche und schonungslose Analyse der Finanzkrise steht in Deutschland noch aus.“ US-Präsident Barack Obama habe entschieden, die Ursachen von einer Kommission untersuchen zu lassen. Dies, so Leutheusser-Schnarrenberger, halte sie für „einen klugen Weg“.

VERBRAUCHER

Drückerkolonnen für Vattenfall

Der durch AKW-Pannen und die große Kundenabwanderung 2007 angeschlagene Energieversorger Vattenfall versucht neuerdings mit aggressivem Direktvertrieb neue Kunden zu gewinnen. Die Verbraucherzentrale NRW warnte vergangene Woche vor Drückerkolonnen eines „Verbraucherforums Energie“, die im Eingangsbereich von Supermärkten vermeintlich seriöse Auskünfte zum Wechsel des Stromanbieters versprechen – und am Ende des kurzen Gesprächs Vattenfall-Verträge als die günstigsten verkaufen. Vattenfall zeigte sich zuerst erstaunt und ließ wissen, das Verbraucherforum zu prüfen und möglicherweise Konsequenzen zu ziehen. Nun bestätigte eine Konzernsprecherin, schon seit November mit der Agentur Deutsche Marketing 24 zusammenzuarbeiten, die das Verbraucherforum erfunden hat. „Die gehen in unserem Auftrag

auf Märkte zu“, hieß es. Dazu zählen auch Regionen wie NRW, die nicht zum angestammten Vattenfall-Gebiet gehören. 120 Vermittler sind für das Verbraucherforum unterwegs, die nun nochmals auf „Qualitätsstandards“ bei der Akquise hingewiesen werden sollen. Anders als suggeriert wird jedoch keine neutrale Auskunft erteilt: Die Vertriebler haben nur Tarife von etwa 10 großen Anbietern im Koffer, von denen sie Provisionen kassieren. In Deutschland gibt es jedoch über 800 Stromanbieter.



Vattenfall-Sitz in Hamburg



Protest gegen Banker am 1. Mai 2009 in Berlin

GERO BREIDER / AP

BUNDESBANK

Erstmals eine Frau im Vorstand?

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesbank könnte eine Frau in den Vorstand der Institution aufrücken. Adelheid Sailer-Schuster, die Präsidentin der Hauptverwaltung Hamburg der Bundesbank, ist eine mögliche Kandidatin für den Job, der spätestens im April von den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern besetzt werden muss. „Der Name ist im Rennen“, sagt ein Insider der schleswig-holsteinischen Landesregierung, „die Entscheidung ist aber noch völlig offen.“ Auch in der Bundesbank ist der Name bereits gefallen, mit der 61-Jährigen wurde aber noch nicht gesprochen. Für die gelernte Bankkauffrau und Juristin spricht ihre internationale Erfahrung. Sie war 1990 bis 1995 Vertreterin der Bundesbank in Italien und gleichzeitig Finanzattachée bei der

Deutschen Botschaft in Rom. Danach arbeitete sie zehn Jahre bei der EU in Brüssel. Hoffnungen auf den Job macht sich aber auch Hans Reckers, der erst im April vergangenen Jahres aus dem Vorstand der Bundesbank ausschied. Allerdings gibt es in der Politik Vorbehalte gegen den Kandidaten. Die Bundesregierung hatte dem CDU-Mann im vergangenen Jahr die Leitung des Bankenrettungsfonds Soffin angeboten, doch Reckers stellte zu hohe Ansprüche.



Sailer-Schuster

JOHANNES ARIT

LOGISTIK

Post will Konkurrenz mit Billignetz ausschalten

Gegen die möglicherweise wettbewerbswidrigen Praktiken der Deutschen Post AG setzt sich der Postzusteller TNT mit juristischen Mitteln zur Wehr. Vergangenen Donnerstag stellten die TNT-Juristen Antrag auf einstweilige Verfügung beim Landgericht Düsseldorf und auf Einleitung eines Kartellverfahrens beim Bundeskartellamt. Anlass der Klagen ist die in Düsseldorf ansässige Post-Tochter First Mail. Bereits seit Monaten versucht der Bonner Logistikriese über die unscheinbare Firma ein zweites Briefnetz mit deutlich billigeren Zustellern aufzubauen, um damit die ohnehin spärliche Konkurrenz in Nordrhein-Westfalen auszuschalten. Dazu, monieren die TNT-Juristen in ihren Schreiben an das Gericht und an das Kartellamt, wurde offenbar eine Art geheime Vereinbarung mit dem WAZ-Medienkonzern geschlossen. Dessen im Ruhrgebiet flächendeckend anbietender eigener Postzustelldienst soll nämlich nach internen Schreiben und Sozialplänen am 1. Februar eingestellt werden. Die rund 600 Zusteller, heißt es in den Schriftsätzen der TNT-Juristen, würden dabei von der First Mail weitgehend übernommen. Das Briefgeschäft soll die Post-Tochter quasi als Subunternehmer weiterführen. Nach Ansicht der TNT-Anwälte handelt es sich um einen „verdeckten Zusammenschluss“ der beiden Unternehmen. Der

Vorgang, kritisieren sie, verstoße damit eindeutig gegen das Wettbewerbsrecht und ziele lediglich darauf ab, den wesentlich kleineren Konkurrenten TNT mit unlauteren Mitteln aus dem Markt zu drängen. Die Deutsche Post AG hält die Anschuldigungen für „inhaltlich und rechtlich unbegründet“ und wollte sich nicht weiter äußern. Bei der WAZ-Mediengruppe hieß es, dass man sich im Sinne der Zusteller um eine „sozialverträgliche Lösung“ bemühe. Der Vorwurf eines verdeckten Zusammenschlusses entbehre jeder Grundlage.



BODO MARKS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Briefzusteller